



Ressort: Politik

Wie weit geht der Islam noch in Deutschland ? 07.07.2026

Ergolding, 29.07.2026 [ENA]

Wenn ich bisher in öffentliche Verkehrsmittel eingestiegen bin, und da sind Personen eingestiegen, die einen Teppich, kleine Kommode, Wäschekorb mit Klamotten whatever dabei hatten, war mir immer klar: Kein Auto und ein Umzug mit dem Bus. Selten aber vorgekommen.

Neu ist: Ein Teppich kann ja dank unserer massiven Migrantenwellen jetzt auch ein Gebetsteppich sein und mitgeführt werden. Also Vorsicht vor Diskriminierung. Wie weit jetzt diese Auswüchse gehen, und quasi jeden Tag kommen welche dazu, zeigte gestern ein Busfahrer arabischer Herkunft in Bayern, genau gesagt in Ergolding. Auf seiner Fahrstrecke nach Landshut Innenstadt staunten die Fahrgäste nicht schlecht, dann wurde es einigen ungemütlich und Angst machte sich breit, als der Busfahrer bei vollbesetztem Bus an einer Haltestelle anhielt, seinen Gebetsteppich herausholte und im hinteren Teil des Busses, so die Berichte, nach Mekka betete. Das soll einige Minuten gedauert haben, keine vorherige Ankündigung oder ähnliches.

Nach dem Gebet rollte der Fahrer seinen Teppich wieder ein und setzte die Fahrt fort. Einmalig und erstmalig in unserer Republik, aber typisch für gelebte Vielfalt, die sich immer mehr ausbreitet. Umso schlimmer und auch dümmer die Einlassung der zuständigen Stadtwerke, es gäbe ja das Recht auf Religionsfreiheit. Die müssen bei der Hitzewelle letzte Woche ihre Kühlung ausgeschaltet haben. Was hat das damit zu tun ? Er kann vor Antritt der Fahrt, in einer seiner Pausen oder danach beten, spinnen die Verantwortlichen der Stadtwerke ? Ich glaube ja. Und das Geschwafel im Internet von wegen Konsequenzen für den Fahrer ?

Genauso dämlich die Frage, natürlich nicht, das wäre ja gelebter Rassismus und würde die gesamte Linksantifa und Grünen auf den Plan rufen. Das können sich die Stadtwerke nicht leisten. Würde ein Fahrer aber während der Fahrt die Bibel rausholen weil er jeden Tag um 12 Uhr ein Gebet spricht, würde er entlassen. Man stelle sich vor, an der Supermarktkasse mit 6 Kunden würde die Kasse für 5 Minuten geschlossen weil einer beten will ? Ein Zugfahrer hält an einem Bahnhof an um erst einmal auf seinen Teppich ein Gebet zu sprechen, und der Zug fährt später ab ? Wobei, das fiel nun gar nicht auf, okay, schlechtes Beispiel. Aber Es gibt ja auch ein früheres Beispiel, das genau in diese Sparte zielt:

Ein Jobcentertermin wurde verpasst, weil eine Person genau zu dieser Zeit beten mußte und daher nicht pünktlich erscheinen konnte. Das wurde übrigens vom Jobcenter als wichtiger Grund anerkannt, kein

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



International Press Service.....

Scherz. Und das während der Unterbrechung, obwohl er ja an einer Haltestelle stand, die Türen geschlossen waren und blieben, ist auch ein Punkt, der mal besprochen werden sollte. Ach nee, ist ja Diskriminierung. Aber wer es noch nicht gemerkt hat, wir haben und bekommen neue Feiertage für Muslime in Deutschland. Da brauchen die nicht zu arbeiten aber wir; komisch nur, das die an Feiertagen von Christen auch nicht arbeiten müssen. Und in Ramadanzeiten ?

Möglichst kein Essen zu diesen Zeiten im öffentlichen Raum, in Kitas wird das Essen verschoben. Genauso wie immer mehr Fleischgerichte in Schulen und Kitas zu verbannen oder halal zuzubereiten. Und um das Ganze noch zu toppen, hatten Die Grünen versucht, einen 24 Punkte Plan mit zusätzlichen muslimischen Rechten im Bundestag zu platzieren. Als aber so einige Straftaten publik wurden und dazu noch Landtagswahlen, wurde das Papier plötzlich zurückgezogen, um es dann nach der Wahl wieder hervorzuholen. Ich kann nicht sagen, ob und was davon eventuell beschlossen wurde, das erfahren sie als Bürger sowieso zuletzt bis gar nicht, aber ich habe das Papier und da schaue ich jetzt mal rein.

Die Überschrift ist: Vielfältiges muslimisches Leben in Deutschland fördern. Die Grünen wollen darin eine Kommission eingesetzt haben, die eine staatlich religiöse Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden erarbeitet. Die Deutsche Islamkonferenz soll finanziell von Deutschen Steuergeldern finanziert werden. Es soll eine Studie über Islamfeindlichkeit erstellt werden. Es soll eine muslimische Militärseelsorge geschaffen werden, muslimische Zivilgesellschaften stärker und langfristiger finanziell mit Deutschen Steuergeldern fördern und deren Arbeit mehr würdigen. Desweiteren muslimische Frauenverbände, Bundesverbände, einfach alle Verbände und Einrichtungen muslimischer Natur umfassend mit Deutschen Steuergeld zu unterstützen.

Und sichtbarer in der Gesellschaft zu machen. Muslimische Wohlfahrtspflege soll gleichgestellt werden mit etablierten Wohlfahrtsverbänden. Es soll der Bericht des „ Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit „ dringend umgesetzt werden. Maßnahmen gegen Diskriminierung in der Arbeits- und Wohnungsmarkt sollen ergriffen werden. Es sollen Meldestellen wie derzeit gegen Hass und Hetze allgemein für muslimische Belange entstehen und wenn vorhanden mit Deutschem Steuergeld besser finanziert werden. Mehr Beratungs- und Anlaufstellen für Muslime und diese mit Deutschem Steuergeld finanziell absichern. Schutzmaßnahmen für Moscheen ausweiten und mit Deutschem Steuergeld finanzieren.

Islamische Seesorge in Justizvollzugsanstalten und Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Einrichtung und Sicherung islamischer Grabfelder unter Beachtung religiöser Vorgaben. Islamischer Religionsunterricht soll in deutscher Sprache an staatlichen Schulen ordentliches Schulfach werden. Deutschsprachige Ausbildung von Imamen in Deutschland fördern und eigene Ausbildungsstätten etablieren. Absicherung muslimischer Feiertage durch Regelung mit Ländern, Kommunen, Tarifparteien und Arbeitgebern. Verbote im

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

öffentlichen Dienst wie z. B. das Kopftuchverbot abschaffen. Ende der Liste, die im Bundestag eingebracht wurde.

Ich fasse es zusammen: Eine Parallelgesellschaft in Deutschland in allen Bereichen und Ebenen mit allen Rechten aber wenige Pflichten etablieren, mit Deutschem Steuergeld das Ganze massiv auf unabsehbare Zeit finanzieren und damit den Islam endgültig in Deutschland groß machen. So einen Scheiss können sich nur Grüne einfallen lassen, die meiner festen Meinung nach nur ihre Ideologie durchsetzen wollen und deren Realitätsbewußtsein auf der Strecke geblieben ist. Aber die meinen das ernst, die glauben daran. Das ist Merz sein bestes Deutschland aller Zeiten.

Bericht online lesen:

https://freizeitundurlaub.en-a.de/politik/wie_weit_geht_der_islam_noch_in_deutschland__07072026-94064/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Uwe Hildebrandt

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.